

Er scheint wöchentlich einmal: Freitag.
Menge: Die fünfgehaltene Heftseite 40 Bl.
Für die Ortsvereine 10 Bl.
Im Abonnement nach Uebereinkunft.
Schluß der Redaktion: Dienstag Mittags.

Die Woche

Abonnement vierteljährlich 1,- Mark bei jedem Postamt und in der Expedition.
Eingetragen in der Post-Belegungspreisliste.
Redaktion und Expedition: Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/223.

Organ des Gewerkschaftsvereins der Holzarbeiter Deutschlands (G.-D.)

Nr. 16 Berlin, den 17. April 1914 25. Jahrg.

Verantwortl. Amt Königsplatz, 4720
Korrespondenzen für Redaktion und Expedition sind an W. Schumacher, Greifswalder Straße 221/223, Geldsendungen an W. Zielke, Greifswalder Straße 221/223, zu adressieren.
Verantwortl. Amt Königsplatz, 4720

Inhaltsverzeichnis. Monopolbestrebungen. — Die Leichenkammern der Statistik. — Vorgänge in einem sozialdemokratisch geleiteten Konsumverein. — Ein Fortschritt der Reichsversicherungsanstalt für das Jahr 1913. Eine große Kundgebung für Fortführung der Sozialreform. Die Unterhaltungs-Einrichtungen der Deutschen Gewerkschaften. Eine Tagung des Verbandes der öffentlichen Arbeitsschweizer des Königreichs Sachsen. 4 1/2 Prozent. Gründe des Gewerkschaftsrückgangs. Neue Vertragsorganisationen. Sie wissen sich zu helfen. Ein Kämpfer aus großer Zeit. Der Staat in Gefahr. Ein „Zwiel“ für Schatzmacher. Miswirtschaft in einer sozialdemokratischen Kranken- und Sterbekasse. Ferienkurs über Volkswirtschaft, staatsbürgerliche Fortbildung und Nebekunst. — Feuilleton: Das Holz in der Geschichte des Kunstgewerbes. — Patentschau. — Lohnbewegung. — Sterbetafel. — Versammlungen des Ortsvereins Berlin. — Anzeigen.

Monopolbestrebungen.

Sie Truist! Sie Antitrust! So rauscht es jetzt durch den deutschen Blätterwald. Bisher hatte man derartige Bestrebungen in der Hauptsache nur in dem freien Lande Amerika verfolgt, ungeachtet dessen, daß man auch in Deutschland von gewissen Kreisen für bestimmte Waren Monopole erstrebt hat. Die breite Öffentlichkeit ist erst in neuerer Zeit durch die Hausfuchungen in den Zigarettenfabriken in Dresden auf die Gefahren in der Tabakindustrie aufmerksam geworden, und sogleich hat auch der Kampf eingeleitet. Wie es nicht anders zu erwarten war, leugnet man auf der einen Seite jeden Truistgedanken, während auf der andern Seite sich eine antitrustische Vereinigung gebildet hat, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, in Wort und Schrift die Bevölkerung aufzuklären, andererseits den Kampf mit voller Energie gegen jede Truistbildung zu führen. Aus der letzten Korrespondenz haben wir schon mehrere Auszüge gebracht; auch hat sich der Zentralrat in einer Sitzung mit der Sache beschäftigt. Es ist klar, daß die organisierte Arbeiterschaft nur auf Seiten der Antitrustbewegung stehen kann, notwendig ist es aber, die weitesten Kreise auf die Gefahren der Truistbewegung hinzuweisen, und dem zigarettenrauchenden Publikum ist nur zu empfehlen, bei Einkauf ihrer Ware auf die Marke Antitrust zu achten.

Aber auch anderen Monopolbestrebungen müssen wir unentwegt unsere Aufmerksamkeit widmen. Wir haben schon in einem Artikel auf die Gefahren, die dem Petroleum-, Holz-, Kohlen-, Gemüße- und Milchhandel drohen, hingewiesen. Die Milchfrage ist noch keineswegs erledigt, die marktlichen Agrarier führen noch mit aller Schärfe den Kampf mit den Berliner Händlern. Die Niederlage, welche sich die „Interessengemeinschaft marktlicher Milchproduzenten“ vor Jahren geholt hat, scheint wenig entmutigend auf die agrarischen Kreise gewirkt zu haben. Der Sieg dieser Gemeinschaft würde nichts weiter als die Versorgung der Groß-Berliner Bevölkerung mit einem der wichtigsten Lebensmittel durch ein agrarisches Privatmonopol bedeuten. Daher muß die Auffassung einzelner Kreise, die Konsumenten als teilnahmslose Zuschauer in diesem Kampfe hinzustellen, scharf bekämpft werden. Die Arbeiterschaft hat das größte Interesse daran, daß der Preis für einen der wichtigsten Teile der Nahrungsmittel, die Milch, nicht gesteigert wird, und man soll sich durch die Verlockungen der augenblicklichen billigen Preise nicht fangen lassen.

Bei dieser Gelegenheit ist es auch gut, auf die jahrzehntelangen Monopolbestrebungen unserer „mittelstandsfreundlichen“ Agrarier, dem Bund der Landwirte, hinzuweisen. Bekannt sind die Lebensmittelverteuerungen durch die Zölle, die riesenhaften Wertsteigerungen des Großgrundbesitzes, die Lebensmittelauflage auf Grund der durch die Einfuhrschneise geschaffenen Konjunktur. Bekannt ist aber auch der erbitterte Kampf dieser Kreise gegen die Konsumvereine, die man als groß-kapitalistische, und natürlich freisinnige Gründungen hinzustellen sich beliebt. Im Geheimen hat man es aber verstanden, selbst derartige Gründungen im großen Stil hervorzurufen, um aus diesem Gewinne die Kosten für ihre agrarische Politik bestreiten zu können. Man versucht ja noch immer, die breite

Öffentlichkeit über die wahren Tatsachen hinwegzutäuschen; in Wirklichkeit besitzt der Bund der Landwirte das größte Warenhaus. Er hat eine Verkaufsstelle in Berlin mit 15 Oberbeamten und 103 Angestellten. Daneben bestehen noch 381 Verkaufsgenossenschaften, die dem Landmann alles bieten, was er für Haus und Feld benötigt, wie es im amtlichen Organ des Bundes heißt.

Im Jahre 1896 ist beim Bunde eine Genossenschaftsstelle eingerichtet worden, deren Beamte „in alle Teile Deutschlands entsendet“ werden, um neue Genossenschaften zu gründen. Schon vor 15 Jahren belief sich der Umsatz der Zentralkasse auf 13 336 000 Mark. Seitdem ist er riesenhaft gestiegen, doch werden die Zahlen vor der weiteren Öffentlichkeit geheim gehalten.

Somit ist der Bund der Landwirte heute das größte Warenumsatzgeschäft in Deutschland. Von dem Ertrag seiner Geschäfte erhält er einen Teil für seine politische Tätigkeit, denn „die Kosten für die wirtschaftspolitische Tätigkeit des Bundes können von den erbärmlichen Mitgliederbeiträgen nicht bestritten werden.“

Nun hat jede Vereinigung das Recht, Konsumvereine zu gründen; aber die Mehrzahl der blindlichen Gründungen sind gar nicht Konsumgenossenschaften oder ähnliches, sondern einfache Geschäftsunternehmungen zum Zweck der Finanzierung einer politischen Partei, die sich mit allen Machtmitteln der politischen Organisation in die Konsumkreise hineindrängen. Man behalte im Auge, daß der Bund der Landwirte sich der unverborgenen Unterstützung der öffentlichen Gewalten in der Provinz erfreut, von dem Amtsvorsteher bis zu dem Oberpräsidenten. Tausende von bäuerlichen Käufern wagen es überhaupt nicht, die Agenten und Anreißer der Blindlergeschäfte abzuweisen, weil sie fürchten, dadurch irgendwie als Räsoneure und Staatsfeinde an die Kreide zu kommen. Ein mit solchen Machtmitteln arbeitender Geschäftsbetrieb ist natürlich in der Lage, ganze Gruppen freigewerblich tätiger Bürger in der Provinz glatt zu die Seite zu schieben. Unter den Kaufleuten und Handwerkern in der Provinz, wo sie gerade im Wirkungsbereich der Blindlerbetriebe wohnen, herrscht eine fast verzweifelte Stimmung. Zu allem fangen nun auch noch die Gutsbesitzerdamen an, Einkaufsvereine zu gründen, um die Geschäftsleute zu Preisermäßigungen zu zwingen.

Die Handwerker und Geschäftsleute in der Provinz sind an dieser Entwicklung, die langsam alle Teile des Landes ergreift, nicht ohne Schuld, denn sie haben aus blindem Haß gegen die Parteien der Linken seinerzeit viel dazu geholfen, den Bund der Landwirte groß zu machen. Mancher von ihnen findet wohl noch in einem Schubfach die blaue Mitgliedskarte, zu der er 1890 gepreßt wurde, und die er vorzeigen sollte, wenn Kunden kommen, „damit der Bauer weiß, wer sein Freund ist.“

Es ist daher notwendig, von Zeit zu Zeit auf diese Tatsachen hinzuweisen. Gerade der Handwerkerstand ist es, der in vielen Orten noch die Stetigbügel dieser sogenannten „Volkfreunde“ hält, indem er in das Horn dieser Schorfmascher bläst. Als Schulzedeckel das Gewerkschaftswesen ins Leben rief, hatte er nur das Wohl der Gesamtheit im Auge, und weit entfernt lag es ihm, derartige Gründungen zu Selbstzwecken zu fördern. Gewiß wird auch in den sozialdemokratischen Konsumvereinen nicht so verfahren, wie es im Interesse der Allgemeinheit sein müßte; Politik und Religion muß von derartigen Gründungen fern gehalten werden, wenn sie den Zweck erreichen sollen, auf dem sie ursprünglich aufgebaut sind. In der organisierten Arbeiterschaft liegt es, derartige Auswüchse mit aller Zähigkeit zu bekämpfen, und zu bestrafen. Andererseits erwacht für uns die dringende Pflicht, alle Monopolbestrebungen, ganz gleich in welcher Form sie in die Erscheinung treten, zu bekämpfen zum Wohle der Gesamtheit.

Die Leichenkammern der Statistik.

Der Leiter eines größeren süddeutschen statistischen Amtes pflegte den Besuchern seiner Bibliotheks- und Büroräume gegenüber die langen Reihen der Regale und Schränke mit ihren schier unzähligen

Folianten und Mappen als die „Leichenkammern der Statistik“ zu bezeichnen. In diesem drastischen Ausdruck liegt eine herbe aber nicht unzutreffende Kritik. Man kann nicht behaupten, daß in den modernen Kulturstaaten zu wenig Statistik getrieben würde. Es erscheint jedoch sehr zweifelhaft, ob sich die Erhebungen immer auf die richtigen Gebiete erstrecken und ob sie auch wirklich zweckmäßig vorgekommen, bearbeitet und veröffentlicht werden. Von amtlicher und von privater Seite wird alljährlich eine Unmenge statistischen Materials veröffentlicht. Und doch wird jeder, der sich über die Bearbeitung irgend eines wirtschaftlichen, sozialen oder kulturellen Problems die nötigen ziffernmäßigen Unterlagen beschaffen wollte, sehr bald gemerkt haben, daß das Material, selbst wenn es in großer Menge vorhanden ist, im großen und ganzen kaum zu verwerten ist. Bei den periodischen Erhebungen ist häufig die Methode oder die Form der Veröffentlichung gewechselt worden. Oft fehlt es an der nötigen Detaillierung. Die zusammengefaßten Ziffern sind gewöhnlich unverwendbar, weil wir nicht wissen, wie sie zustande gekommen sind. Der begleitende Text unterrichtet vielfach nur sehr unvollkommen über die bei der Sammlung des Urmaterials befolgten Grundsätze. Kurzum, die dickleibigen Folianten mit ihren Legionen von Ziffern sagen uns gar nichts, wenn es uns nicht gelingt, den ganzen Aufbau und das Fundament der Statistik klar zu durchschauen. Der gewissenhafte Forscher wird deshalb das Material nur mit größter Vorsicht verwenden und häufig auf Schlußfolgerungen aus demselben ganz verzichten. Der weniger kritische Bearbeiter wird natürlich aus den Tabellen herauslesen, was ihm gerade recht ist. Er wird die Schwächen der Statistik immer nur dort entdecken und zugestehen, wo ihm die Resultate un bequem sind. Daher kommt es, daß in weitesten Kreisen die Statistik heutzutage sehr gern als potenzierte Lüge hingestellt wird. Eine solche Beurteilung, die das Kind mit dem Bade ausschüttet, ist natürlich sehr bedauerlich. Das Streben, wirtschaftliche und soziale Vorgänge und Zustände ziffernmäßig zu erfassen, bildet zweifellos einen der höchsten Grade exakt wissenschaftlicher Forschung. Zur Lüge wird die Statistik erst in den Händen untüchtiger und unkritischer Bearbeiter. Die Verwendung der statistischen Ziffern hängt natürlich in erster Linie davon ab, wie das Urmaterial gesammelt wurde. Es muß deshalb bei jeder statistischen Veröffentlichung gefordert werden, daß die Ziffern so detailliert wie nur irgend möglich wiedergegeben und daß vor allem ausführliche Darstellungen der Methoden der Erhebung, Fragebogen usw. beigelegt werden. Nur dann ist es dem Wissenschaftler — nötigenfalls nach hundert Jahren — möglich, das Material nachbringend zu verarbeiten. Selbst eine an sich schlechte Statistik gewinnt an Wert, wenn wir über ihr Zustandekommen unterrichtet sind und durch kritische Verarbeitung das Brauchbare vom Unzuverlässigen scheiden und herausheben können. Die beste Statistik nützt uns nichts, wenn wir nur die Endresultate kennen und diesen blindlings vertrauen sollen. Da die Vergleichbarkeit periodischer Statistiken sehr häufig unterbrochen wird, ist eine detaillierte Veröffentlichung doppelt notwendig. Sie setzt uns in den Stand, Änderungen der Methode usw. zu berücksichtigen. Eine genaue Kenntnis der bisherigen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung ist nötig, wenn wir die künftige Gestaltung in dieser oder jener Richtung beeinflussen und zum Besseren lenken wollen. Deshalb kann eine brauchbare Statistik zur Goldgrube und zur wertvollen Stützkammer für die Wirtschafts- und Sozialpolitik werden. Füllen wir aber unsere Bibliotheken und Archive mit undbrauchbarem Material, so bleiben sie allerdings Leichenkammern der Statistik. Die Millionen, die für die Sammlung und Veröffentlichung des toten Ballasts aufgewendet werden, sind zum Fenster hinaus geworfen.

Vorgänge in einem sozialdemokratisch geleiteten Konsumverein.

Wiederholt haben wir auf Miswirtschaften in sozialdemokratisch geleiteten Betrieben hingewiesen. Jetzt liegt ein neuer Fall aus Erfeld vor, der alles bisher hierüber Mitgeteilte in den Schatten stellen dürfte und daher das Interesse weiter Kreise

Der Arbeitersekretariate.

Ueber die Errichtung von Arbeitersekretariaten seitens der Ortsverbände der Deutschen Gewerkschaften ist bis jetzt manches Wörtchen geredet und auch wohl ebenfalls geschrieben worden, aber herzlich wenig positive Arbeit in dieser Beziehung getan. Wohl haben einzelne Ortsverbände die Notwendigkeit eines Arbeitersekretariats anerkannt, sich

steigert und belaufen sich auf 1754,16 Mark. Der Posten für Uebersiedelungsvermittlung hat sich etwas verringert und betrug 1098,03 Mark. Für außerordentliche Nothstandsunterstützung und Beitragsabkempfung ist die Summe von 8606,81 Mark gezahlt worden. Sehr groß ist die Inanspruchnahme der Krankenunterstützung gewesen. Dies ist ein ganz natürlicher Vorgang, der sich bei jedem wirtschaftlichen Niedergang bemerkbar

Nun ist es außerordentlich lehrreich, zu sehen, daß auch England, unser gewaltiger Rivale zur See, sich immer entschiederer der Lösung des Bodenproblems im Mutterlande zuwendet, weil auch dort die Erkenntnis sich immer mehr Bahn bricht, daß die Latifundienwirtschaft der Landlords die Zukunft des Staates aufs schwerste bedroht. Und da ist es bezeichnend, daß die leitenden Staatsmänner Englands wie Campbell Bannermann, Asquith und vor

herausfordert. Den ganzen Niederrhein hat sich die sozialdemokratische Konsum- und Produktionsgenossenschaft „Niederrhein“, Sitz Erefeld, zum Wirkungsgebiet ausgewählet. In dieser Genossenschaft, die eine eigene Bäckerei, Metzgerei und so weiter besitzt, und mit ihren Warenautomaten und Filialen den Umsatz auf mehrere Millionen gesteigert hat, ist der Fall eingetreten, daß eine außerordentliche Generalversammlung die Amtsenthebung sämtlicher Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder beschlossen hat.

Die Ursache dieses Beschlusses liegt schon eine geraume Zeit zurück, und ist in verschiedenen Vorkommnissen zu suchen, die sich insbesondere im Bäckereibetriebe der Genossenschaft ereigneten. In der Bäckerei waren neue Gehilfen, selbstverständlich waschende Genossen, eingestellt worden. Diese gaben Veranlassung zu Streitigkeiten, von welchen die sozialdemokratische „Niederrheinische Volkstribüne“ folgende niedliche Schilderung gibt:

Der Backmeister war in den Betrieb gegangen, um den beiden Bäckern Guys und Stammnen die Abmachung mitzuteilen, daß sie nicht früher wie die anderen, sondern zugleich mit diesen anfangen sollten. Sie sollten deshalb eine halbe Stunde warten. Guys erwiderte dem Backmeister: Wir fangen an, wenn wir wollen. Als der Backmeister sie aufforderte, seinen Anordnungen zu folgen und er dabei mit den beiden Bäckern in Wortwechsel geriet, vergriff sich Guys an dem Backmeister. Dieser gibt an, daß ihm Guys ins Gesicht geschlagen habe, Guys, daß er den Backmeister gestochen habe. Der Backmeister ging hierauf in die Verwaltungsstizung und sagte: Genossen, jetzt muß ich mich auch noch schlagen lassen. Die Verwaltungsmittglieder begaben sich darauf sofort in die Bäckerei. Der Vorsitzende des Aufsichtsrates, Genosse Thabor, stellte Guys zur Rede. Guys behauptete nun, er habe den Backmeister nicht geschlagen. Der Backmeister sagte: Was, du willst auch noch lügen? und gab nun auch Guys einen Schlag. Hierauf griff der Bäcker Stammnen an, er habe einen Eisenstange und schlug nach dem Backmeister. Er hätte ihm sicher den Schädel eingeschlagen, wenn der gerade hereinkommende zweite Vorsitzende des Gewerkschafts-Kartells, Genosse Kuhwald, nicht den Schlag mit der Hand aufgefangen hätte.

Diese Vorgänge hatten zur Folge, daß 52 Genossen einen Antrag auf Amtsenthebung der gesamten Verwaltung einreichten. Es fand eine außerordentliche Hauptversammlung statt, in welcher der Antrag damit begründet wurde, daß die Vorkommnisse in dem Bäckereibetriebe sich nicht mit genossenschaftlichen Grundsätzen vereinbaren ließen. Zwei Bäcker seien entlassen worden, weil sie im Arbeiterauschutz die Rechte der Arbeiter vertreten hätten. Es sei dies eine Maßregelung, wie sie in keinem kapitalistischen Betriebe vorkomme. Sonst verlange man bei Arbeiterbewegungen Koalitionsfreiheit, Schutz der Arbeiterauschutzmitglieder, Anerkennung der Schlichtungsinstanzen usw. Hier aber habe ein Vorstand und Aufsichtsrat, in denen eine ganze Anzahl führender Gewerkschaftsmitglieder tätig seien, alle diese prinzipiellen Forderungen mißachtet und Ausschußmitglieder gemahregelt. Auch der sozialdemokratische Bäckerverband habe seine Mitglieder im Stich gelassen und dürfe nicht wieder zu einem Vertragsverhältnis mit der Genossenschaft zugelassen werden. Die Hauptversammlung nahm einen scharfen Verlauf. Die schwersten Vorwürfe wurden gegen die Verwaltung der Genossenschaft erhoben. Im Bäckereibetriebe gebe es zu wie auf einem Kaiserhof. Der Verbandsdirektor suchte vergeblich die Verwaltung zu verteidigen. Alle Redner, die für diese Partei nahmen, wurden schließlich niedergeschrien. Dann wurde die Amtsenthebung des Vorstandes und des Aufsichtsrates mit vierfacher Majorität beschlossen.

Der neue Aufsichtsrat wurde unter der Bedingung gewählt, daß er dem Gesamtvorstand zum 15. Mai kündigt und für Ersatz sorgt.

Ein Fortschritt der Reichsunfallversicherung.

Vor kurzem erging eine Entscheidung des Großen Senats des Reichsversicherungsamtes über die sogenannten „Unfälle des täglichen Lebens“. Bekanntlich wird nach den Unfallversicherungsgeetzen des Reiches, die jetzt in der Reichsversicherungsordnung zusammengefaßt sind, der Arbeiter für die Folgen von Unfällen entschädigt, die er „beim Betriebe“ erleidet. Von jeher war nun die Frage in den Kreisen der Berufsgenossenschaften und der Arbeiter, sowie in der Literatur lebhaft umstritten, ob es eine dem entschädigungspflichtigen Unfall herbeführt, oder ob auch die sogenannten Unfälle des täglichen Lebens, die dem Arbeiter während seiner Arbeit zustoßen, der Versicherung unterliegen. Namentlich war bei Unfällen durch Blitzschlag, Biß eines tollen Hundes, Stich eines giftigen Insektes usw., die sich während der Arbeit ereigneten, die Entschädigungspflicht stets streitig. Eine erhebliche Zunahme erliefen diese Unfälle des täglichen Lebens merkwürdigerweise mit dem steigenden Mißbrauch, der mit Schleifwerkzeug aller Art getrieben wird. Die Fälle häuften sich, wo böswürdige oder leichtsinnige Nebolderschützen den ruhig seine Arbeit verrichtenden Arbeiter verletzten. Seitens der Arbeiter wurde immer dringender verlangt, daß ihnen auch bei derartigen Unfällen „des täglichen Lebens“ eine Entschädigung gewährt werden müsse. Diesen sehr verständlichen Wünschen der Arbeiter, denen die Berufsgenossenschaften starken Widerstand entgegensetzten, hat vor kurzem der Große Senat des Reichsversicherungsamtes entsprochen. Die beiden Fälle die er beurteilte, sind typisch. In dem einen Streitfall hatte ein in der Landwirtschaft seines Vaters beschäftigter jugendlicher Arbeiter Butter nach der Stadt getragen. Auf dem Wege fiel einem Altersgenossen, der ihn begleitete, eine Pistole aus der Tasche, die sich entlud und mit ihrem Geschloß den Gefährten ins Auge traf. In dem zweiten Streitfall wurde auf einem Betriebswege ein verheirateter landwirtschaftlicher Unternehmer durch einen Steinwurf verletzt, der einer anderen mit dem Älter verfeindeten Person gelten sollte. In beiden Fällen ist das die Berufsgenossenschaft zur Entschädigungleistung verurteilt. Erkenntnis des Oberversicherungsamtes bestätigt worden. Bei der Verkündung der Urteile führte der Vorsitzende, Präsident Dr. Kaufmann, aus, daß zur Anerkennung eines Betriebsunfalles der ursächliche Zusammenhang des schädigenden Ereignisses mit der Betriebsstätigkeit genügen müsse; der von mancher Seite darüber hinaus verlangte Nachweis, daß die unfallbringende Gefahr eine besondere dem Betriebe eigentümliche, oder daß der Versicherte ihr durch die Betriebsbeschäftigung in erhöhtem Maße ausgesetzt sei, könne nicht erfordert werden, da die Verletzten der Gefahr, der sie erliegen seien, durch die Betriebsstätigkeit ausgesetzt gewesen seien. Hierbei kämen aber nur solche Umstände in Betracht, die nach der Auffassung des praktischen Lebens beachtlich sind, d. h. zum Zustandekommen des Unfalls wesentlich mitgewirkt haben. Bei richtiger Anwendung dieser Grundsätze würde der Weg gefunden sein, um das berechtigte Interesse der Arbeiter auf Schutz bei der Arbeit durch die Versicherung mit den berechtigten Wünschen der Arbeiter auf nicht unangemessene Belastung der Betriebe in Einklang zu bringen. Diesen Ausführungen wird man nur beipflichten können. Der sozialpolitische Grundgedanke, daß der Arbeiter gegen Unfälle bei der Arbeit Schutz vor Schaden genießen soll, ist damit in bedeutungsvoller Weise weitergeführt worden.

■ Rundschau. ■

Der Geschäftsbericht des Reichsversicherungsamtes für das Jahr 1913 ist dem Reichstag zugegangen. Aus dem Inhalt sei nachstehendes hervorgehoben: Zur Durchführung der Unfallversicherung haben im Berichtsjahre 116 Berufsgenossenschaften und 561 Ausführungsbehörden mit 6 196 708 Betrieben und rund 27 Millionen versicherten Personen bestanden. Davon entfallen auf die Land- und Forstwirtschaft 49 Berufsgenossenschaften und 55 Ausführungsbehörden für die land- und forstwirtschaftliche Verwaltung mit rund 5 434 000 Betrieben und rund 17 197 900 versicherten Personen. Nach einer vorläufigen Ermittlung belief sich die Zahl aller im Jahre 1913 bei den Trägern der Unfallversicherung angemeldeten Unfälle auf 787 674, die der erstmalig Entschädigten auf 139 076. Die verausgabten Entschädigungen betragen nach einer vorläufigen Ermittlung 176 793 700 M. Das Reichsversicherungsamt hatte 34 941 Rekurse gegen Schlichtungsstellen und Anträge auf Feststellung des entschädigungspflichtigen Versicherungsträgers zu bearbeiten; davon entfallen 5295 auf die land- und forstwirtschaftliche Unfallversicherung. Erledigt wurden insgesamt 18 939 Rekurse, von der landwirtschaftlichen 3350 Rekurse. Es haben 1184 Sitzungen mit 18 431 mündlichen Verhandlungen stattgefunden, von denen 970 Sitzungen mit 15 240 mündlichen Verhandlungen auf die gewerbliche und 214 Sitzungen mit 3191 mündlichen Verhandlungen auf die landwirtschaftliche Unfallversicherung entfallen. In der Invalidenversicherung belief sich der Gesamtbetrag der bis Ende 1912 gezahlten Entschädigungen auf 3 477 490 316 M., davon kommen auf das Jahr 1912 205 191 857 M. Die Einnahme aus Beiträgen kann für 1913 auf etwa 290 Millionen Mark veranschlagt werden. Das Vermögen der Versicherungsträger dürfte Ende 1912 2 Millionen Mark übersteigen. Die Zahl der in den Invalidenhäusern und ähnlichen Anstalten untergebrachten Personen ist von 4431 im Jahre 1912 auf 5031 im Jahre 1913 gestiegen. Eigene Invalidenhäuser besaßen 10 Versicherungsträger. Zu gemeinnützigen Zwecken sind bis zum Schlusse 1913 hergegeben worden: a) zum Bau von Arbeiterwohnungen und zur Arbeiterwohnsfürsorge überhaupt 482 637 581 M.; b) zur Befriedigung des landwirtschaftlichen Kreditbedarfes (Bodenverbesserung, Ausforstung, Hebung der Viehzucht u. a.) 119 675 614 M., c) für Wohlfahrts-einrichtungen überhaupt 561 856 047 M., zusammen. Gegen Schlichtungsstellen wurden 4282 Revisionen in Invaliden- und 43 in Altersrenten beim Reichsversicherungsamt eingeleitet. Mit Einschluß der aus dem Vorjahre übernommenen waren 7955 zu bearbeiten.

Eine große Kundgebung für Fortführung der Sozialreform veranfaßt am 10. Mai in Berlin die Gesellschaft für Soziale Reform. Prof. Dr. Franke und Staatsminister Dr. Zehr. v. Berlepsch werden sprechen, daneben auch Vertreter der Angestellten und Arbeiter. Wir weisen auf diese recht zeitgemäße Kundgebung insbesondere unsere Berliner Mitglieder hin, damit sie sich für den 10. Mai nichts anderes vornehmen. Unsere Organisation ist der Gesellschaft für Soziale Reform angeschlossen, und es muß Ehrensache für uns sein, an der Veranstaltung, auf der alle schwebenden Fragen der Sozialpolitik zur Sprache kommen werden, massenhaft teilzunehmen, damit sie wichtigen Protest gegen Stillstand und Rückschritt in der Sozialpolitik erheben kann.

Die Unterstützungseinrichtungen der Deutschen Gewerkschaften, die früher von den sozialdemokratischen Gewerkschaften in jeder Weise herab-

Das Holz in der Geschichte des Kunstgewerbes.

(Fortsetzung.)
Von Th. Wolff-Friedmann.
(Nachdruck verboten.)
Von den Funden dieser Art sei der von den ursprünglichen Findern so benannte „Dorschulze“ erwähnt, eine jetzt im Museum zu Kairo befindliche Holzstatue, einen aufrecht stehenden, nur mit einer Art Schurzfell bekleideten Mann darstellend, der sich mit der Linken auf einem langen Stab stützt. Die lebensgroße Figur ist mit großer Naturtreue herausgearbeitet und trotz ihres ansehnlichen Alters von mindestens 3000 Jahren noch gut erhalten, ein Umstand, der fast zu der Vermutung führt, daß die alten Ägypter, die sich bekanntlich in der Einbalsamierung ihrer Toten als Meister der Konservierungskunst erwiesen, auch bereits ausgezeichnete Methoden der Holzkonfervierung kannten und übten, denn nur so ist die gute Erhaltung des Holzkörpers jener Statue zu erklären. Ob übrigens das Original, das zu jener Statue Modell gegeben hat, in seinem Dasein wirklich die Funktion eines Dorschulzen ausgeübt hat, mag bezweifelt werden. Auch die Griechen und Römer übten die Holzschänererei, und ihre ältesten Statuen, Götterbilder, Herdenbildnisse u. dgl. waren fast sämtlich aus Holz gefertigt, erst erheblich später legte die Steinbildhauerkunst ein, um dann allerdings die Holzschänererei fast völlig zu verdrängen.
Auch über die Verwendung des Holzes zur Erzeugung von Möbeln seitens des Völkers des Altertums

sind wir unterrichtet und ebenso über die bei ihnen herrschenden künstlerischen bzw. kunstgewerblichen Formen des Möbelbaues. An Möbeln kannte das Altertum: Tischmöbel in verschiedenen Arten, Sessel, Bettstellen und verschiedene Arten von Liegemöbeln nach Art unseres Divans, die jedoch in jener Zeit eine weit ausgedehntere Verwendung erfuhren, als jenes bei uns. Dagegen fehlte fast im gesamten Altertum der Schrank, der durch Laden, Truhen u. dgl. ersetzt wurde; erst in der letzten römischen Zeit kamen dann auch schrankartige Möbel mit Türen und Gefachen in Aufnahme. Senkrechte Stützen und Lehnen mit rechtwinklig angelegten Verbindungen, Sitzbrettern, Tischplatten, machen die Stulform jener Altertums Möbel aus. Tischchen mit Kreuzfüßen, zusammenlegbare Faltstühle u. a. waren Besonderheiten des Möbelbaues jener Zeit; durch Untergestellte konnten fast alle Möbel höher oder niedriger gestellt werden, ein Vorzug von eminent praktischem Wert, der sich nur bei den wenigsten unserer modernen Möbel erhalten hat. Waren diese Möbel für den gemeinen Mann allgemein in Stil und Ausführung sehr einfach, so führte das Luxusbedürfnis der Reichen und Vornehmen auch im Altertum schon zeitig zur Erzeugung von Kunst- und Prachtmöbeln, die für die Höhe der kunstgewerblichen Entwicklung jener Zeit bezeugnis ablegen. Der Stil jener Möbel bestand vor allem in der Einlage anderer kostbarer Materialien, Gold und Silber, Bronze, Elfenbein, Email, selener Holzarten usw. in das Holz der Möbel, und zwar in Form reicher und in künstlerisch vollendeter Weise aus-

geführter Verzierungen; fernere Verzierungen der Möbel waren künstlerische Schnitzereien in Form von Tierfüßen und Tierköpfen und anderen plastischen Darstellungen, wie es das Altertum überhaupt liebte, den verschiedenen Gerätschaften der häuslichen Einrichtung die Form von Tier- und Menschenkörpern zu geben. Die Kunst der Möbeltapezierung fehlte, doch wurden die Ruhemöbel der vornehmen Häuser dick mit Fellen, Leppichen und Decken belegt, die so ein behagliches Polster ergaben, auf denen es sich gut ruhen ließ. Bestand sich doch die Teppichherzeugung des gesamten Altertums auf einer Höhe der künstlerischen Entwicklung, die der modernen Teppichindustrie an Reichtum der Farben und Formen kaum nachsteht und bereits damals einen großartigen Luxus der Begüterten in der Verwendung von Teppichen zum Belegen der Möbel erzeugte. Dieser Art „gepolstert“ waren besonders die Liege- und Ruhemöbel. Die alten Ägypter und ebenso die Römer und Griechen setzten sich nämlich nicht, sondern legten sich zu Tisch, indem sie sich auf niedrigen Ruhemöbeln ausstreckten und in dieser Lage ihre Mahlzeiten einnahmen. Aus diesem Grunde waren Felle, Decken und Teppiche unbedingte Erfordernisse der antiken Ruhemöbel. Erst gegen Ende der Römerzeit kamen Stuhlmöbel in unserem Sinne für den allgemeinen häuslichen Gebrauch zur Anwendung, besonders auch zum Sitzen während der Mahlzeiten.
(Fortsetzung folgt.)

Hatstandenden Vermählung die herzlichsten Glückwünsche Die Branche der Modellhauer zu Berlin.

Handlungen von Ihrem Buchhändler oder vom Verlag Wilhelm Violet in Stuttgart

Thorn. Durchreisende Kollegen erhalten beim Durchgang durch das Reichs-Postamt in Thorn, Bahnhof 15, Halterung

o. Sonntag, 1. Juni 1913. Versammlung. Solchzähliges Ergehen erwartet Der Ausschuss.

Birnbaumholz sowie jedes andere Holz liefert billigst in Wagenladungen Franz Rosenkranz, Marburg a. d. Drau, Preussisch.

Das Sekretariat des Verbandes der Deutschen Gewerkschaften befindet sich seit dem 1. April Düsterrufer 3. Telephon 9795.

Durchreisende Kollegen wollen sich zuerst auf dem Sekretariat melden. H. Mehlert, Arbeitersekretär. Gellenstrichen. Durchreisende Kollegen erhalten vom Ortsverband 1 M. bei W. Meyer, Josefstr. 30

gefehrt worden sind, werden jetzt von diesen sogar nachzuahmen gesucht. Ja noch mehr! Man stellt es jetzt so hin, als wenn die Gewerkschaften mehr leisteten als die Deutschen Gewerksvereine. Daß dem in Wirklichkeit nicht so ist, zeigt eine Zusammenstellung im 8. Sonderheft zum Reichsarbeitsblatt. Wohl sind absolut die für Unterstüttungszwecke gemachten Ausgaben bei den freien Gewerkschaften höher als bei den Girsch-Dunderschen Gewerksvereinen. Das liegt eben an ihrer größeren Mitgliederzahl. Stellt man aber die Unterstüttungsgelder den Gesamtausgaben gegenüber, so schneiden die Girsch-Dunderschen Gewerksvereine bei weitem am besten ab. Während bei den christlichen Gewerkschaften nur 36% der Ausgaben für Unterstüttungen aufgewandt wurden, betragen diese Sätze bei den sozialdemokratischen Gewerkschaften 59,7%, bei den Girsch-Dunderschen Gewerksvereinen dagegen 66,2%. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß in der letztgenannten Zahl die für Krankheit und Begräbnisgeld gezahlten Summen mit einbegriffen sind. Jedenfalls lassen die Zahlen erkennen, wie segensreich die Girsch-Dunderschen Gewerksvereine wirken und welchen starken Rückhalt sie ihren Mitgliedern in allen Notlagen des Lebens gewähren.

Eine Tagung des Verbandes der öffentlichen Arbeitsnachweise des Königreichs Sachsen. Am Sonntag, den 29. März, traten im „Hotel Sachsenhof“ die Verwalter der Arbeitsnachweise, die im Verbande der öffentlichen gemeinnützigen Arbeitsnachweise des Königreichs Sachsen zusammengeschlossen sind, zu einer Konferenz zusammen. Nach kurzer Begrüßungsansprache referierte der Verbandsgeschäftsführer, Meißgeier-Velpzig, über die „Einrichtung von Arbeitsnachweisen in kleineren Städten.“ Er vertrat die Ansicht, daß die Einrichtung der Arbeitsnachweise in den größeren Industriedörfern sowohl wie in kleineren Städten und in kleinen Landgemeinden durchaus erwünscht sei. Dadurch würden die Arbeitskräfte dem platten Lande erhalten. Leider sei die Bedürfnisfrage für die öffentlichen Arbeitsnachweise von manchen Gemeinden verneint, für die gewerbmäßigen dagegen bejaht worden. Es sei falsch, wenn die Nachweise beim Polizeiamte untergebracht seien. Wenig praktisch habe sich auch die Unterbringung bei den Amtshauptmannschaften erwiesen. Besser sei es, sie bei den Gemeindegemeinden unterzubringen. Ob es wünschenswert ist, die Stellen mit den Ortskrankenkassen zu verbinden, sei auch noch zweifelhaft. Die Anlehnung an städtische Einrichtungen sei zu empfehlen. Die Gründung von Vereinen zum Betriebe der Arbeitsnachweise sei heute nicht mehr zu erwarten. Auch eine gute Kellamentfaltung sei von Wichtigkeit. Der Vortragende ging dann auf die innere Einrichtung der Arbeitsnachweise ein und betonte, daß die Verwaltung nicht bureaukratisch, sondern durchaus kaufmännisch sein müsse. In der Debatte ging man auf die auswärtige Vermittlung und die Einrichtung der Sonntagsvermittlung ein. Hierbei äußerte sich der Vertreter des Verbandes der anhaltischen Arbeitsnachweise, daß er grade mit der Sonntagsvermittlung gute Erfahrungen gemacht habe. Auch die Vermittlung von der Großstadt nach dem Lande und nach kleinen Städten sei nach anfänglichen Schwierigkeiten erfreulich geworden. Ein Vertreter des märkischen Verbandes berichtete, daß die Arbeitsnachweise innerhalb seines Verbandes Anerkennung und erfreuliche Unterstüttung von Seiten der Behörde erfahren. Man habe dort vom Verbande aus selbständig Arbeitsnachweise gegründet.

Verbandsgeschäftsführer Meißgeier verbreitete sich dann über die Vermittlung des landwirtschaftlichen Personals. Diese sei in Sachsen in der letzten Zeit stark gestiegen. Es sei mit dem Landeslandwirtschaftsamt ein Abkommen getroffen worden. Die landwirtschaftlichen Arbeitnehmer hätten Bedenken, die Arbeitskräfte aus der Stadt, auch solche, die früher auf dem Lande arbeiteten, anzunehmen. Günstige Vermittlungsergebnisse träten vor allem da auf, wo große Zuwanderung ist. In bezug auf die Referatsvermittlung seien gute Erfolge noch nicht zu verzeichnen gewesen. Der Grund, daß die Leute, die vom Lande kommen, wieder aufs Land hinausgebracht werden sollen, sei sehr zu betonen. In der Debatte darüber wurde die Schwierigkeit der Gebührenfrage erörtert. Man verlangt bei der Vermittlung landwirtschaftlicher Arbeitskräfte an manchen Orten 1 Mark nach Zustandekommen der Vermittlung. Es sei aber oft schwierig, die Gebühr herinzubekommen. Manchenorts habe man ganz auf die Gebührenerhebung verzichtet. Die Frage der Ueberweisung des landwirtschaftlichen Personals zur endgültigen Vermittlung an die Vermittlungsstellen beim Landeslandwirtschaftsamt wurde eingehend erörtert. Bezüglich der Vermittlung weiblicher Dienstboten ist noch kein ansehnlicher Erfolg erzielt worden.

Zuletzt besprach man die schwierigen Verhältnisse, die in Sachsen in bezug auf die gaswirtschaftliche Vermittlung in Sachsen bestehen.

4 1/2 Prozent. Es ist noch nicht sehr lange her, daß die deutschen Kommunalverwaltungen dazu übergingen, ihre Anleihen mit einer Verzinsung von 4 Prozent auszustatten, um ihnen einen annehmbaren Emissionskurs zu sichern. Inzwischen sind die Großindustrien, die meisten fremden Staaten zweiten

und dritten Ranges sowie auch einige deutsche Hypothekendarlehen dazu übergegangen, 4 1/2-prozentige Löhne auszugeben. Die industriellen Werke und ausländischen Finanzministerien vermögen jedenfalls den Übergang zu einer so hohen Verzinsung mit dem Hinweis auf die Verhältnisse des Anleihemarktes in den Jahren 1912 und 1913 zu begründen. Aber schon bei den Hypothekendarlehen darf man es mit Fug und Recht bezweifeln, ob es wirklich nötig war, einen so folgenschweren Schritt zu tun. Denn darüber kann kein Zweifel bestehen, daß die Ausgabe 4 1/2-prozentiger Hypothekendarlehen von einschneidender Bedeutung für den gesamten Realcredit sein muß. Entweder werden dadurch die Grundstücks- und Gebäudpreise heruntergedrückt oder die Mietpreise der Wohnungen in die Höhe getrieben. Je nach der Lage des Wohnungsmarktes wird die eine oder die andere Wirkung die stärkere sein. Außerdem bedeutet naturgemäß die Ausgabe 4 1/2-prozentiger Hypothekendarlehen eine Degradierung der 4-prozentigen Löhne. Ganz die gleiche Wirkung muß auch die Emission 4 1/2-prozentiger Kommunalanleihen für die geringer verzinslichen Papiere dieser Art haben. Außerdem bedeutet die Verteuerung des Credits eine Mehrbelastung der Steuerzahler. Hat es die Stadt Mannheim, die als erste der größeren deutschen Gemeinden mit einer 4 1/2-prozentigen Anleihe am Markte erscheint, wirklich nötig, die Welt jetzt mit einer solchen Neuerung zu überraschen? Als die Stadtväter und weisen Berater von Mannheim diesen Entschluß faßten, hatten sie jedenfalls noch das Bild des Anleihemarktes vom Jahre 1913 vor Augen. Inzwischen hat sich aber manches geändert und wenn in der Mannheimer Stadtverwaltung nicht nur Juristen, sondern auch finanzkundige Volkswirte säßen, die den Verhältnissen des Geldmarktes einige Aufmerksamkeit widmeten, dann wäre vielleicht die Erleichterung der Geldmarktlage noch zu einer rechtzeitigen Ermäßigung des Zinsfußes ausgenutzt worden. Was hätte es schließlich auch geschadet, wenn der Emissionskurs vielleicht um 2 bis 3 Prozent niedriger gewesen wäre als früher. Das hätte auf 4 bis 6 Jahre verteilt einem Verlust oder Damno von 1/2 Prozent pro Jahr entsprochen. Das wäre doch immer noch nicht so schwerwiegend gewesen, wie das Zugeständnis eines um 1/2 Prozent erhöhten Zinsfußes auf Jahrzehnte hinaus. In dem Vorgehen der Mannheimer Stadtverwaltung zeigt sich die verhängnisvolle Wirkung der völligen Untermisung wirtschaftlicher Vorgänge und Zusammenhänge. Wer heute den Kommunalpolitikern den guten Rat gibt, den Verlauf der wirtschaftlichen Konjunktur aufmerksam zu verfolgen, bekommt wohl mitunter zu hören, daß hierfür kein Anlaß vorliegt. Die Stadt besitzt keine Fabriken usw., also braucht sie sich um nichts zu kümmern. Daß aber die städtischen Finanzen, die Steuern usw. in hohem Maße von der Konjunktur abhängen, wird übersehen. Unsere Kommunalverwaltungen würden den schwierigen Problemen des Arbeits- und Geldmarktes nicht so hilflos gegenüberstehen, wenn ein Teil der Juristen durch Volkswirte ersetzt würde.

Gründe des Gewerkschaftsrückgangs. Der sozialdemokratische Fabrikarbeiterverband hat den Gründen nachgeforscht, die für den Austritt aus den Gewerkschaften hauptsächlich maßgebend sind. Auf 1210 „treulose“ Mitglieder ist die Unterstüttung erstreckt worden. Von ihnen sind 316 „uneigentliche Treulose“, d. h. ihr Austritt erfolgte aus Gründen, die der Fabrikarbeiterverband „unter Berücksichtigung der Verhältnisse anerkennen mußte.“ Und von den „eigentlichen Treulosen“ wurden, abgesehen von 274, die einfach ihre Beiträge nicht mehr bezahlten, folgende zum Teil recht interessante Gründe angegeben: „38, weil ihnen die Unterstüttung zu niedrig ist, 125, weil es für sie angeblich keinen Zweck hat, 28, weil in ihrem Betrieb doch nichts zu machen ist, 76, haben kein Geld für den Beitrag übrig, 22, haben zuviel Kinder, 32, bezahlen nicht, weil sie lange arbeitslos waren, 26, weil der Beitrag zu hoch ist, 9, wollen sich das Geld sparen, 34, weil der Unternehmer es nicht leidet, 12, mußten zu den Selben übertreten, 10, weil andere auch austreten, 11, weil doch nicht alle dabei sind, 11, weil die Lohnbewegung wenig Erfolg hatte, 9, wegen Uneinigkeit mit den Kollegen, 18, weil die Frau immer schimpft, 13, wollen die Beamten nicht fett machen, 18, wegen Erhebung eines Lokalzuschlages, 52, verzogen (Wohnung unbekannt), 18, laufen sich lieber Schnaps (notorische Trinker), 29, wegen Verbandschädigung ausgeschlossen, 6 wegen ehrloser Handlung ausgeschlossen, 23 aus sonstigen Gründen.“

Neue Vertragsorganisationen. Zu den 45 nationalen Volksorganisationen, die sich im Jahre 1913 der „Deutschen Volksversicherung“ angeschlossen hatten, sind auch im laufenden Jahre bereits wieder eine Anzahl hinzugekommen, so daß sich die Gesamtzahl der Vertragsorganisationen nunmehr auf 49 mit etwa 2 1/2 Millionen Mitgliedern beläuft. Abgesehen von örtlichen Vereinen, haben sich im Jahre 1914 zur Mitarbeit an den gemeinnützigen Aufgaben der „Deutschen Volksversicherung“ bisher folgende Verbände und Vereinigungen bereit erklärt:

- 46. Verband deutscher Köche, E. B. Berlin;
- 47. Landesverband der katholisch-bürgerlichen Vereine Bayerns, München;

- 48. Verband kathol. Wurschenvereine Bayerns, Regensburg;
- 49. Handwerkervereinigung der königlichen Lehranstalten, München.

Sie wissen sich zu helfen. Wie man die Wehrsteuer spart und Aufbesserung der Arbeiterlöhne umgeht, hat in einem unbewachten Augenblick ein bayerisches Unternehmerblatt, die „München-Augsburger Abendzeitung“, verraten. Das geschieht in einem Handelsbericht über die Generalversammlung der neuen Baumwollspinnerei und Weberei Hof, die im letzten Jahre einen Reingewinn von 1,34 Millionen Mark, das sind mehr als die Hälfte des Aktienkapitals, erzielt hat und eine Dividende von 20% verteilt. In den letzten 10 Jahren betrug die Dividende zwischen 18 und 25%. Eine weitere Erhöhung wäre möglich, aber es liegt im Interesse der beteiligten Kapitalisten, nicht höher hinaufzugehen. Dafür hilft man sich auf andere Weise: Man gibt 505 Stück neue Aktien aus, von denen 500 a conto der Gewinnziffer, also ohne jede Bareinzahlung, als ein Geschenk an die Aktionäre im Verhältnis von 5 zu 1 gegeben werden. Barum dies geschieht, plaudert das genannte Blatt aus:

„Eine weitere Erhöhung der Dividende würde bei der Arbeiterschaft Anstoß erregen. Das hat die bisherige Dividendenhöhe schon getan. Ein anderer und wohl der wichtigste Grund mag der gewesen sein, Wehrsteuer zu sparen. Bei den hohen Rücklagen der Gesellschaft (Ende 1912 2,44 Millionen Mark) und den hohen Gewanvorträgen (für 1913 0,72 Millionen Mark) hätte die Gesellschaft einen sehr bedeutenden Beitrag an den Steuerfiskus abführen müssen. Durch die Ausschüttung mindert sie ihren Wehrbeitrag um eine schöne Summe.“

So sehen sie aus die Patrioten! Ihr Patriotismus reicht nur bis ans Portemonnaie. Sie schwärmen für Meer- und Marineforderungen, aber andere sollen zahlen.

Ein Kämpfer aus großer Zeit. Aus Hagenbach in der Pfalz meldet die „Frankfurter Zeitung“: Vor einigen Tagen wurde der Arbeiter Scherrer, ein Veteran von 1870/71, auf der Straße von einem Schlaganfall betroffen, der zum alsbaldigen Tode führte. Da Scherrer es mit seinen religiösen Pflichten nicht sehr genau genommen hatte, verweigerte der Geistliche wie der Kriegerverein die Beilegung an dem Begräbnis. Es durften nicht einmal die Gloden geläutet werden. Aber noch mehr: Hagenbach hatte keinen Totenwagen, und da nach dem Vorgehen des Pfarrers sich niemand dazu hergab, den Beicenträger zu spielen, mußte der alte Veteran, der übrigens ein braver, ehrlicher Mensch war und nicht einmal, was vielleicht vermutet werden könnte, der Sozialdemokratie angehörte, auf einem Schiefbarren ohne Begleitung eines einzigen Menschen nach dem Friedhof gebracht werden. So begräbt man einen Kämpfer aus großer Zeit, und keine Behörde rührt sich dagegen. Der Vollständigkeit halber muß noch erwähnt werden, daß der Verstorbene seine Kultussteuern und die Beiträge für den Kriegerverein stets bezahlt hat. Das Geld hat man von dem „Gottlosen“ genommen, die Menschenpflicht ihm gegenüber aber nicht erfüllt.

Der Staat in Gefahr. Die „Donau-Wacht“, „Sozialdemokratisches Volksblatt für die Oberämter Ulm, Heidenheim, Geislingen und das württembergische Oberland“, ist in heller Aufregung, und was ist die Ursache? Man denke: Ein lebhafter Oberbürgermeister soll in einer Versammlung der fortschrittlichen Volkspartei gesagt haben: „Sollte das Center System bei uns zur Einführung gelangen, so wäre es eine dankbare Aufgabe der Volkspartei, eine Organisation nach Girsch-Dunderscher Art am hiesigen Platz zu gründen.“ Das ist ja für die „Donau-Wacht“ etwas ganz fürchbares und in ihrer übergroßen Sorge bangt sie schon für die Neutralität der Gewerksvereine. Sie schreibt: „Was sagt aber Herr Gleihauf und Genossen dazu, daß Herr Jaelle (Oberbürgermeister) die immer so hochgepriesene Neutralität in politischer Beziehung der Girsch-Dundergerührt hat?“ — Ist das nicht töricht? Wenn in Heidenheim ein Oberbürgermeister in einer öffentlichen Versammlung der Volkspartei dieser art: „Sorgt für Gründung einer Organisation nach Girsch-Dunderscher Art, dann ist die Neutralität der Gewerksvereine verletzt. Dann wird gefragt: Was sagen Gleihauf und Genossen dazu. Das können wir der „Donau-Wacht“ verraten. Herr Oberbürgermeister Jaelle ist in Württemberg und in Württemberg haben Sozialdemokraten und Deutscher Metallarbeiterverband derartige Sünde geliefert, daß man es verstehen kann, wenn gebildete Leute die Nase von der Art solcher Organisationen voll haben. Die Art der Girsch-Dunderschen Organisation gefüllt eben dem Herrn Oberbürgermeister besser als die Art der unfreien „freien“ Gewerkschaften. Möchten noch recht viele Oberbürgermeister und andere gebildete Männer so denken und es ausprechen, die Neutralität der Girsch-Dunderschen Gewerksvereine würde sich recht wohl dabei befinden.“

Ein „Zwiel“ für Scharfmacher. Der geeignete Mann für alle Scharfmacher scheint der Unterzeichner des nachfolgenden Briefes zu sein, der an

steigert und belaufen sich auf 1754,16 Mark. Der Kosten für Ueberstättungsunterstüttung hat sich etwas verringert und beträgt 1098,03 Mark. Für außerordentliche Kostensunterstüttungen und Beitragsabstempelung ist die Summe von 8606,81 Mark gezahlt worden. Sehr groß ist die Spannungsdrucknahme der Krankenunterstüttung gewesen. Dies ist ein ganz natürlicher Vorgang, der sich bei jedem wirtschaftlichen Niedergang bemerkbar

Man in es außerordentlich lehrreich, zu sehen, daß auch England, unser gewaltiger Rivale zur See, sich immer entschiedener der Lösung des Bodenproblems im Mutterlande zuwendet, weil auch dort die Erkenntnis sich immer mehr Bahn bricht, daß die Latifundienwirtschaft der Landlords die Zukunft des Staates aufs schwerste bedroht. Und da ist es bezeichnend, daß die leitenden Staatsmänner Englands wie Campbell Bannerman, Asquith und vor

Die Vernehmung der Arbeitersekretariate. Ueber die Errichtung von Arbeitersekretariaten seitens der Ortsverbände der Deutschen Gewerksvereine ist bis jetzt manches Wortchen geredet und auch wohl ebensoviel geschrieben worden, aber bezüglich wenig positive Arbeit in dieser Beziehung getan. Wozu haben einzelne Ortsverbände die Notwendigkeit eines Arbeitersekretariats anerkannt, sich

einen Unternehmer in Marienburg gerichtet war und der hier nach dem Original folgt:

Saaten de. 19. März 1914. Sehr geehrte Herrn Ziemann. Bitte wissen Sie, daß ich bei Ihnen Arbeit suchen möchte und möchte ich sehr sauber Kunstbauwesen verstehen auch alles auf Maschine zu arbeiten, so wie Werkmeister Bretter sparsam zuschneiden und mache ich ganzes alles schwere Kunstmöbel und pracht Kunstfenster. Ich habe schon bei Ihnen im Jahre 1908 9 Monat gearbeitet und bitte Sie öftlich wissen, daß ich schon 7 Jahr verheiratet und 2 Kinder und sehr bestimmt am 1. April nach Marienburg wohnen und muß ich zuerst Wohnung suchen. Ich höre auch keiner Holzarbeiterverband und mit immer sehr streng fest zu arbeiten und kann ich Ihnen sehr ordnung beschließen, auch aufpassen, welcher Fehler Urführer ist, so muß sofort entlassen. Sie müssen öffentlich wissen, daß ich sehr streng, alle Gesellen zu fest arbeiten aufpassen. Ich möchte bei Ihnen bis zum Ende lange bleiben. Ordnung machen, gute Lohn verdienen muß Ihnen zu helfen, auch Sonntag zu arbeiten, auch Maschine zu reinigen. Geehrte Herr Ziemann. Bitte schreiben mir sofort Antwort und wenn ich kommen soll, aber sofort. Sehr geehrte Herr Ziemann. Bitte sagen Sie nicht von mir alle Gesellen, ich gehöre keiner Verband und auch nicht Streik machen und muß ich Ihnen öffentlich beschließen und helfen. Von alle Gesell Verband gehören und Streik machen. Ich kann sehr wenig alle Gesellen heraus jaden und muß Ihnen helfen, reiche zu viel Arbeit sauber arbeiten. Ich möchte gerne bei Ihnen zum Ende lange bleiben arbeiten. Bitte bitte schreiben mir sofort Antwort. Meine Frau und Kinder müssen am 1. April nach Marienburg wohnen.

Kübler. Johann Klisilowski in Saaten bei Pr. Stargard. („Vorwärts.“)

Wirtschaft in einer sozialdemokratischen Kranken- und Sterbekasse. Wie es in den von Sozialdemokraten geleiteten Krankenkassen zugeht, zeigt folgender Bericht, der die Kunde in der Zeitungspresse macht. Die Zentral-Kranken- und Sterbekasse in Weissen hielt am 31. August bis 1. September 1913 in Dessau eine außerordentliche Generalversammlung ab. Nach dem vorliegenden Verhandlungsprotokoll hatte sich die Generalversammlung mit nichts anderem zu beschäftigen, als den Augialfall in der Geschäftskasse auszuräumen. Aus dem Protokoll ist zu entnehmen, daß der Kassentendant Reinhold 9500 M. unterschlagen hat. Auch wurden einem anderen Kassentendanten Veruntreuungen von zirka 1000 M. zur Last gelegt. Es muß an der Leitung der Kasse ziemlich freigebig hergegangen sein. Das Ausschußmitglied Trennstedt-Dresden schildert laut Protokoll die Zustände in der Verwaltung dieser sozialdemokratischen Krankenkasse wie folgt: Die Wahlkreiseinteilung (Druckkosten), die vor 1910 stets mit 150 M. angelegt war, haben wir auf 95 M. heruntergebracht. Sachen, die früher 105 M. gekostet haben, bekommen wir jetzt für 82 M. Für die Vierteljahrsabrechnungen hat man uns früher 76 M. in Rechnung gestellt, heute bekommen wir sie infolge wiederholter Verhandlungen für 22 M. geliefert. Und Müller, der sie früher für 76 M. geliefert hat, hat sie uns jetzt schon für 18,75 angeboten. In bezug auf die Statuten erklärte mir der Geschäftsführer 1910 auf der Generalversammlung, es sind 40 000 Statuten angefertigt. Als wir zur Revision kamen, hatten sie sich auf 50 000 vermehrt. Wo die Rechnung hergekommen ist, weiß ich nicht. Ich war der Meinung, daß da auch eine Unterzeichnung vorlag. Die Statuten, die 1532 M. gekostet haben, hätten wir in der Dresdener „Volkszeitung“ für 1180 M. haben können. Die 27 000 Stück Protokolle von der Kölner Generalversammlung hat Müller für 2479,5 M. geliefert. In anderen Druckereien hätten wir sie für 1200 M. haben können. 15 000 Statuten sind schon um 233 M. billiger geliefert worden als im Jahre 1908. Im Jahre 1906 wurden für 10 000 Krankenfaene 70 M. bezahlt, jetzt erhalten wir sie für 49 M. Reinhold hat von den Lieferanten Schmiergelber bekommen. Einen Beweis dafür haben wir allerdings nur bei seinem Marktlieferanten. Dieser Herr, der

sein bester Freund war, hat in einem Wutanfall darüber, daß Reinhold ihn mit 1200 M. angepumpt hat, geküßert, seit 1910 habe Reinhold sich stets die Dividende vorher von den Arbeiten in Abzug gebracht. Früher habe er wenigstens solange gewartet, bis er ihm das Geld selber gegeben habe. Die anderen Schmiergelber belausen sich wohl auf 1500 M. Dieselben Lieferanten machen jetzt Preise, die weit unter der Hälfte der früheren sind. Ob nun die sozialdemokratische Presse auch in diesem Falle versuchen wird, anderen die Schuld zuzuschreiben? Das wäre vergebliche Mühe, wie durch das Protokoll nachgewiesen werden kann. Für heute sei nur bemerkt, daß der Vorsitzende des Aufsichtsrates, Herr Leopold, Geschäftsführer der Zeiger sozialdemokratischen Arbeiterdruckerei ist.

Ferienkursus über Volkswirtschaft, staatsbürgerliche Fortbildung und Redekunst. Der Bund Deutscher Bodenreformer veranstaltet zum vierten Male in Berlin in der Osterwoche vom 14. bis 19. April einen solchen Ferienkursus. Bisher haben aus mehr als 500 Orten unseres Vaterlandes Personen aus allen Berufen und Bildungsschichten an den Kursen teilgenommen, so u. a. im vorigen Jahre nicht weniger als 70 Bürgermeister und Stadträte, ein schlagendes Beispiel von der großen Wichtigkeit der Vorlesungen und Vorträge auch für unsere Kommunalbeamten. Elf Dozenten, die als Wissenschaftler und Praktiker sich bereits hohe Verdienste erworben haben, werden über folgende Themen reden: „Einführung in die sozialen Probleme der Gegenwart“, „Grundlagen der Volkswirtschaft“, „Kolonialprobleme“, „Städtische Sozialpolitik“, „Agrarwesen“, „Industrielle Probleme“, „Welthandelsverkehr“, „Arbeitslosenfürsorge“, „Versicherung von Arbeitslosen“, „Beamtenrecht“, „Genossenschaftswesen“, „Organisationsfragen“, und „Rhetorik“. — Außer den Vorträgen finden noch Besichtigungen von sozialen Einrichtungen und industriellen Unternehmungen statt. Zum Kursus haben Damen und Herren Zutritt. Die Hörgelgebühr beträgt 5 und 10 Mark. Näheres ergeben die Prospekte, die von der Bundes Deutscher Bodenreformer, Berlin, Lessingstraße 11 kostenfrei versandt werden.

Patentschau. Mitgeteilt vom Verbands-Patentbureau Johannes Koch, Berlin NO 18, Or. Frankfurter Str. 59. — Auskünfte kostenfrei. Angemeldete Patente: Nr. 34 g. Sch. 44 159. Gestühl für Theater- und Kirchenräume, Hörsäle u. dgl., denen die Luft unter dem Gestühl vom Boden aus zugeführt wird. Carl Schmidt, Berlin-Friedenau. Angem. 17. 6. 13. Nr. 38 c. B. 69 485. Maschine zum Polieren oder Schleifen von Holz mit kreuzsupportartigem fahrbaren Werkzeugträger. Robert Bradelsberg, Eberswalde. Angem. 9. 11. 12. Erteilte Patente: Nr. 34 g. 272 579. Feststellvorrichtung für einstellbare Stühle. Rasmus Rasmussen Runnegard, Odense, Dänemark. Angem. 7. 6. 12. Nr. 34 g. 272 580. Aus einer Anzahl aneinandergelenkter Platten bestehende zusammenlegbare Bettstelle. Athal Kolantowski, Lemberg. Angem. 22. 4. 13. Nr. 34 i. 272 581. Schulbank. Johann Pospisil, Prag-Subenec. Angem. 26. 9. 13. Gebrauchsmuster: Nr. 34 i. 593 197. Schulbank mit verschiebbarem Stb. Ja. Ernst Klar, Neurode i. Schl. Angem. 16. 2. 14. Nr. 34 i. 593 331. Schublade oder Schubkasten, namentlich aus keramischem Material. Max Roesler, Feinsteingutfabrik Akt.-Ges., Rodach, Coburg. Angem. 14. 2. 14. Nr. 34 i. 593 333. Schrank mit Kücheneinrichtung und Bügelvorrichtung. Hedwig Philip, geb. Scheuer, Schöneiche bei Friedrichshagen. Angem. 16. 2. 14. Nr. 34 i. 593 514. Beschlag zum lösbaren Verbinden von Möbelteilen. Heinrich Busch, Hagen i. W. Angem. 24. 12. 12. Nr. 34 i. 594 373. Füllung für Möbelstühle. Anna Trautmann geb. Reil, Neudöln. Angem. 11. 2. 14.

Sohnbewegung. Bezug ist fernzuhalten nach Allenstein (Firma Sawatzki), Breslau (Eink.-Hofmann-Werke), Gera, Neuk (Pianosortefabrik von Späthe).

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungszusammenfassung ist der 16. Wochenbeitrag für das Jahr 1914 fällig

Sterbetafel. In den Monaten Januar bis einschl. 31. März 1914 sind nachfolgende Mitglieder resp. Frauen des Gewerkevereins der Holzarbeiter Deutschlands gestorben:

Stammrolle-Nr. der Verstorbenen	Name der Verstorbenen	Name des Ortsvereins	Gezahlte Begräbnis-Unterstützung		
			Ordnungszahl	Summe	Restbetrag
439	B. Bergmann	Kathenow	—	55	—
174	H. Ballach	Danzig I	—	—	90
4083	L. Freiß	Rothenburg	50	75	—
600	E. Schulz	Berlin	50	—	—
2662	E. Günther	Sörlitz	50	35	—
3091	B. Rathmann	Königsberg	50	75	90
573	Frau Kozlowski	Spandau	—	—	144
252	G. Jörner	Berlin	50	75	90
11743	M. Bierlinger	Nassbach	50	—	—
3848	L. Schmidt	Walden	60	55	—
589	Frau Wegner	Stolz	—	—	180
4797	J. Häfelle	Stuttgart	50	55	—
5289	Frau Schacht-schneider	Dirschau	—	—	144
1157	B. Brunsch	Breslau	50	75	90
3184	M. Döfler	Langenöls	50	—	—
5101	H. Schulze	Zeitz I	50	75	90
1446	J. Zappermann	Göln	50	—	—
4850b	Frau Kuczkewicz	Torn	—	—	180
11589	B. Queißer	Langenöls	50	—	—
4599b	Frau Widmann	Stolz	—	—	90
11439	B. Kretschmar	Breslau	50	75	180
1491	R. Kerfen	Göhrin	50	55	90
153b	Frau Reil	Breslau	—	—	144
1762	H. Brämer	Danzig II	50	—	—
406	F. Wulger	Nürnberg I	—	75	—
802	B. Mauritz	Berlin	50	—	—
3708	J. Dauner	Neu-Ulm	—	75	—
2313	J. Eh	Langen	50	75	—
1869b	Frau Kuytt	Dorimund	—	—	144
3648	A. Philipp	Naumburg	50	55	—
447	H. Dieblich	Frankfurt a.O.	50	75	90
142	Frau Wegner	Breslau	—	—	180
4286b	Frau Schirde-wahn	Schweidnitz	—	—	180

Summa 1000|1060|2196

Ruhe in Frieden!
Berlin, den 31. März 1914.
W. Zieffe, Hauptkassierer.

Versammlungen des Orts. der Holzarbeiter Berlins. Sonnabend, den 18. April 1914: Bezirk Ost und West. Abds. 8 1/2 Uhr, Kopenstr. 65, Zahlabend. Adels- und Fabrikarbeiter. Abds. 8 Uhr, b. Schröder, Sietzner Str. 50, Zahlabend. Bezirk Südost und Nordwestarbeiter. Abds. 8 1/2 Uhr, b. Holschläger, Adalbertstraße 21, Bezirksversammlung. Bezirk Nordost. Abds. 8 1/2 Uhr, Krummstr. 13, Bezirksversammlung. Bezirk West. Abds. 8 1/2 Uhr, b. Mende, Culinstr. 31, Bezirksversammlung. Bezirk Steglitz. Abds. 8 1/2 Uhr, b. Gerecht, Berlinstraße 1, Bezirksversammlung. Bezirk Weichen-see. Abds. 8 1/2 Uhr, Sedanstr. 19, Ede Klafstr., b. Wiedowild, Zahlabend. Sonntag, den 19. April 1914: Einseher, Vorm. 10 Uhr, im Verbandshaus, Greifswalder Str. 221/23, Branderversammlung. Mittwoch den 22. April, abends 8 Uhr: Allgemeine Vertrauensmännerversammlung im Verbandshaus, Greifswalder Straße 221/23. Tagesordnung: 1. Der Vertrag am 1. März 1914, Referent Kollege Volkmann. 2. Die Frage des Arbeitsnachweises in der Gegenwart, Referent Kollege Schumacher. Sonnabend, den 25. April 1914: Bezirk Nord und Westarbeiter. Abds. 8 1/2 Uhr, b. Matiausch, Brunnenstraße 143, Bezirksversammlung. Vollzähliger Besuch aller Versammlungen ist notwendig. Die Verwaltungen.

Anzeigen. Für den Inseratenteil ist die Redaktion den Lesern gegenüber nicht verantwortlich.

Vom Ladendiener zum Millionär und geübten Gelehrten gelangte Heinrich Schliemann durch seine nach eigener, erprobter Methode erworbenen Sprachkenntnisse. Nach der Methode Schliemann zur Selbsterlernung fremder Sprachen. Wilhelm Violet in Stuttgart

Diese gute 6 Pf.-Zigarre kostet bei mir nur 3,— M. per 100 Stück. Ein Versuch führt zu dauernder Kundenschaft. 500 Stück gratis. Nichtkondenzierendes Zurücknahme oder Umtausch. Th. Peiser, Verianthaus, Berlin 54, Neue Schönhauser Straße 16. Begr. 1886.

Wohnenden Vermählung die herzlichsten Glückwünsche Die Branche der Modemöbel zu Berlin. Thorm. In die wohnende Kollegen erhalten dem...

Ortsverein Neudöln. Birnbaumholz. Franz Rosenkranz, Marburg a. d. Drau, Ostpreußen.

Birnbaumholz. Franz Rosenkranz, Marburg a. d. Drau, Ostpreußen. Das Sekretariat des Verbandes der Deutschen Gewerkschafter befindet sich seit dem 1. April in der Kaiserstr. 3. Telefon 9795.